

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Kerschmann Dresden
Hauptredaktion: Kerschmann Dresden
Kurs für Adressänderung: Nr. 20011
Schriftleitung u. Druckerei: Kerschmann
Dresden - K. 1, Waisenstraße 28/29

Verlagsgebühr vom 1. bis 15. April 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Post 1.70 M.
Wohngeldzuschlag für Monat April 2.40 M., einricht. 20 Pf. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr).
Abonnementpreis: Die Ausgaben werden nach Wohnort berechnet; die ein-
malige 30 mm breite Seite 85 Pf., für einblatt 40 Pf., Familienabonnenten und Stelleninhaber
ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Seitenzahl 200 Pf., außerhalb 250 Pf.
Chiffrengebühr 30 Pf., Anzeigengebühr gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Kerschmann & Kerschmann
Dresden, Waisenstraße 28/29, 1065 Dresden
Nachdruck nur mit besond. Genehmigung
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unverlangte
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Hindenburg soll wieder helfen

Druck auf die Parteien im Kampf um die Steuern

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. April. Nachdem im Steueraussschuß des Reichstages weder die Tabaksteuervorlage noch die Bier- und Mineralwassersteuervorlage eine Mehrheit gefunden haben, ist das Reichskabinett naturgemäß bestrebt, die Parteien des Reichstages unter äußerstem Druck zu setzen. Dies geschieht vor allem dadurch, daß die Agrarvorlage mit dem Finanzprogramm verknüpft werden soll. Man nimmt nun in parlamentarischen Kreisen an, daß die Parteien sich in der Tabak- und Mineralwassersteuervorlage nicht auf einen absehbaren Standpunkt verstehen werden. Schwieriger ist es schon bei der Biersteuer, die aus bekannten Gründen in Bayern auf härtesten Widerstand stößt. Die Bayerische Volkspartei kehrt, wie wir hören, auf dem Standpunkt, daß für sie die in Aussicht genommene Biersteuererhöhung nicht tragbar sei. Es scheint aber, daß sie geneigt ist, sich bei der Abstimmung im Plenum der Stimme zu enthalten unter der Voraussetzung, daß von Seiten des Bayerischen Bauernbundes wie auch von Seiten der Wirtschaftspartei ebenfalls Stimmhaltung geübt wird.

Der Parteiführer der Bayerischen Volkspartei, Oberregierungsrat Schaeffer, dürfte am Mittwoch in Berlin eintreffen, und es geht das Gerücht, daß der Reichspräsident v. Hindenburg ihn in Audienz empfangen wird.

Das würde bedeuten, daß das Reichskabinett jetzt auch in der Steuerfrage die Autorität des Reichspräsidenten in die Waagschale zu werfen geneigt ist.

Obwohl die gesamte Steuersituation durchaus ernst beurteilt werden muß und auch neuerdings sich ein harter Realismus breit macht, glaubt man in unterrichteten Kreisen nicht daran, daß sich an den Steuerfragen noch eine Krise entzünden könnte. Wenn die Bayerische Volkspartei, Wirtschaftspartei und Bayerischer Bauernbund sich in der Biersteuerfrage der Stimme enthalten, so kann im Reichstag eine Mehrheit erzielt werden. Es hat den Anschein, als ob fast alle Parteien die Taktil folgen, sich durch die Regierung zu Entschlüssen zwingen zu lassen, die sie sonst niemals lassen würden, lebhaft deshalb, um dann vor der Wählerkraft zu erklären, daß sie an dieser oder jener Steuererhöhung nicht schuld seien.

Die Biersteuer im Ausschuss abgelehnt

Berlin, 9. April. Im Steueraussschuß des Reichstages wurde am Mittwoch die Biersteuererhöhung abgelehnt. Für die Erhöhung stimmten nur das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten. Alle anderen Parteien stimmten dagegen.

Wirksame Sozialreform

Nebe Dietrichs auf dem Industries- und Handelsstag

Berlin, 9. April. Der Deutsche Industrie- und Handelsstag trat am Mittwoch in Berlin unter dem Vorsitz seines Präsidenten Franz v. Mendelssohn zu seiner 50. Vollversammlung zusammen.

Reichsminister Dietrich begrüßte den Industrie- und Handelsstag im Auftrag der Reichsregierung. Der Minister wies darauf hin, daß sich augenblicklich eine starke Wirtschaftskrise mit einer politischen Krise verbinde. Zur Frage der Steuerreform erklärte er: Ich bin der Meinung, daß wir zu einer sicheren und dauernden Senkung der direkten Steuern und insbesondere der Realsteuern nur dann kommen können, wenn die Besteuerung des entbehrlichen Konsums ausreichend ausgebaut ist.

Der Tabak wird in Zukunft zusammen mit dem darauf ruhenden Zoll allein mindestens 1 1/2 Milliarden hergeben müssen.

Das vorige Kabinett ist gescheitert an dem Dogma, daß der heutige Stand der Arbeitslosenversicherung unantastbar sei. Wir behandeln zur Zeit die Erwerbslosenfrage in der Weise, daß wir den Arbeitslosen gegen Hunger und Not zu schützen suchen. Diese Methode ist naturgemäß unentbehrlich, aber viel wichtiger als die Behandlung der Symptome ist die Unterdrückung und die Erkennung der Ursachen. Ein Teil der Arbeitslosigkeit ist die Folge des Systems der Arbeitslosenversicherung. Indirekt aber ist entscheidend für die Lösung der ganzen Frage die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens.

Der Minister verbreitete sich dann ausführlich über den Schutz und die Erhaltung der deutschen Landwirtschaft, wobei er betonte, daß durch die letzte Zollnovelle vom 21. März ein Schutz der inländischen Körnerproduktion erreicht sei und daß, wenn die geltende getreidevertragliche Vereinbarung unter den Regierungsparteien zur Ausführung kommt, auf diesem Gebiete nicht mehr allzu viel zu tun sein werde. Die Ermächtigung, die die Reichsregierung bekommen soll, die Zölle im Bedarfsfälle zu erhöhen, aber auch herabzusetzen, könne nur noch den Zweck haben, dann einzugreifen, wenn die in den Hauptproduktionsländern angekauften Getreidemengen, planlos und unter Vernichtung einer vernünftigen Preisgestaltung eines Tages auf den Weltmarkt geworfen werden sollen. Das entscheidende ist aber, daß der Hauptdruck da angelegt wird, wo wir die größten Zufuhren haben, die wir weitgehend durch Inlandsproduktion zu erledigen imstande wären. Diese Aufgabe ist erschwert durch den Gegensatz zwischen den Interessen des deutschen Ostens einerseits und des Westens und Südens andererseits. Der Osten ist angewiesen auf Körnerbau und Kartoffeln, der Westen aber und der Süden ist die Stätte jener Veredelungsproduktion, die um so mehr gepflegt werden sollte, als die menschliche Ernährung vom Brot und Kartoffelverbrauch abgeht und sich immer stärker dem Verbrauch von Obst und Gemüse, Butter, Eiern, Käse, Fleisch usw. zuwendet. Ein Ausgleich dieser Interessen ist nur möglich, wenn man einen Weg findet, die Produktion des Ostens zu schützen, ohne gleichzeitig die Produktion im Westen und Süden allzusehr zu verteuern. Hier steht das Interesse der Gesamtwirtschaft entscheidend ein. Die Agrarpolitik darf nicht so getrieben werden, daß sie uns die Teilnahme an einer allgemeinen Preislenkung unmöglich macht und zum anderen nicht so, daß sie die Voraussetzung der bestehenden Handelsverträge und den Abschluß neuer Verträge unmöglich macht.

Ein vorläufiges Handelsabkommen mit Ägypten. In Kairo ist durch Notenaustausch zwischen der deutschen Gesandtschaft und dem ägyptischen Außenministerium ein vorläufiges Handelsabkommen geschlossen worden, das für den gegenseitigen Warenverkehr die Behandlung der Meistbegünstigung vorseht.

Das Gesetz zum Schutz der Landwirtschaft

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. April. Zu der Einigung der Reichsregierung mit den Führern der Reichsregierung nachstehenden Parteien über das Gesetz zum Schutz der Landwirtschaft erfahren wir noch folgendes:

Von besonderer Bedeutung für die Landwirtschaft ist die geplante Ermächtigung, alle Getreidezölle so zu regeln, daß eine Kupplung der Preise auf die Geldwertumwertung auf Grund einer Preisbasis von 200 M. für Roggen gesichert ist. Durch die freie Handhabung der Zölle wird auch das Ziel, eine angemessene Differenzierung der Roggen- und Weizenpreise herbeizuführen, erreicht werden. Von einem Weizenanbauverbot konnte zunächst abgesehen werden, da durch die freie Gestaltung der Zölle in Verbindung mit dem Maismonopol der Reichsregierung die notwendigen Mittel an die Hand gegeben sind, um die Absatzrisiko auf dem Roggenmarkt wirksam zu bekämpfen. Eine weitere Sicherung des Getreidemarktes, aber auch der Mälzerei, besteht darin, daß die früher mit Erfolg angewandte Mälzereischutzspanne wieder eingeführt wird. Die gleiche Zollregelung wie für Getreide ist auch für Erbsen vorgesehen.

Die Elastizität der Einfuhrzölle ermöglicht auch von dieser Seite den notwendigen Einfluß auf die Preisbildung und Stabilisierung des Marktes auf allen Gebieten des Getreide- und Hülsenfruchtbaues. Insbesondere ist damit auch die Wiedererreichung besserer Ausfuhrmöglichkeiten für die getreideverarbeitende Industrie ersichtbar. Auch die Marktregulierungsmöglichkeiten für Schweine werden durch die Elastizität der Einfuhrzölle erweitert und verbessert. Besonders beachtlich ist die Ausdehnung des Einfuhrzöllensystems auf Rinder und Schafe, Wild- und Schafsfleisch und Kartoffel-Erzeugnisse.

Zum Schutze der Viehwirtschaft ist bei Schweinen ein Mindestverkaufspreis von 75 gegen bisher 70 M. durchgesetzt worden. Tritt eine Preislenkung unter diesen Mindestpreis ein, so erfolgt zunächst eine 50 prozentige Zollserhöhung auf 27 M. pro Doppelzentner, bis ein Preis von 85 M. erreicht ist. Außerdem ist aber als Schutz gegen die preisdrückende Einfuhr eine weitere Zollserhöhung auf 24 M. vorgesehen.

In Verbindung mit der Wiederherstellung des § 12 des Fleischbeschaffungsgesetzes sind Maßnahmen vorgesehen, die Einfuhr ausländischer Rinder vom freien Markt abzulenken, wodurch zugleich Möglichkeiten geschaffen werden sollen, der minderbemittelten Bevölkerung verbilligtes frisches Fleisch zuzuführen. Für die Preisgestaltung der Schlachtrinder ist die vorgesehene Erhöhung der Zölle für Taig beachtlich.

Für die Milchproduktion ist von besonderer Bedeutung die Einführung eines Zolles von 5 M. für Frischmilch und die Erhöhung des Zolles für pasteurisierte Milch auf 8,50 M. In Verbindung mit dem demnächst in Wirksamkeit tretenden Butterzoll von 50 M. Der Eierzoll soll von 5 auf 30 M. heraufgesetzt werden. Ferner soll ein die deutsche Produktion schützender Kennzeichenanbauverbot für Eier eingeführt werden. Auch ist ein höherer Zoll für geschlachtetes Geflügel vorgesehen. Der Zoll für Stärke, Sago, Dextrin, Glykose wird, um dem besonders darniederliegenden Kartoffelbau mit den kollpolitisch möglichen Mitteln zu helfen, wesentlich erhöht. Zudem ist eine bedeutende

Ausdehnung der Verwertungsöglichkeiten für Kartoffeln dadurch erzielt worden, daß der Steueraussschuß des Reichstages einem Ermächtigungsgesetz zur Beimischung von Spiritus zu allen in- und ausländischen Treibstoffen zustimmt hat.

In Fortführung der bisher beschlossenen Schutzmaßnahmen für den deutschen Juckerrückenbau ist ein Juckerrücken- zoll neu eingeführt und der Zoll für Rindenschmelz erhöht worden. Auch für Futterrüben wird ein Zoll von 1 M. für den Doppelzentner eingeführt. Der autonome Zoll für

Opfen soll auf 150 M. erhöht und die Befreiung der bestehenden handelsvertraglichen Bindungen gegenüber Belgien und Frankreich angestrebt werden. Schließlich ist der Zoll für Panjeperle von 30 auf 150 M. erhöht worden. In Aussicht genommen ist ferner eine Erhöhung des Tabakzollens.

Diese Maßnahmen „zum Schutze der Landwirtschaft“ machen daneben Marktstärkungs- und Marktberuhigungsmaßnahmen notwendig. In Fortleitung des im Jahre 1928 geschaffenen Notaprogramms und unter Verwendung der im Etat hierfür vorgesehenen Mittel sollen die Ueberflüsse der Reichsmarktsstelle zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse verwendet werden.

Die Beilegung des Streites mit Thüringen

Weimar, 9. April. Wie wir zuverlässig erfahren, wird Finanzminister Baum seine Reise nach Berlin heute antreten, um am Donnerstag mit dem Reichsinnenminister Dr. Wirth über die Beilegung des Konfliktes zwischen Thüringen und dem Reiche zu verhandeln. Diese Verhandlungen sind schon seit einiger Zeit im Gange und von dem thüringischen Reichsratsbevollmächtigten Minister Dr. Münzel geführt worden.

Norman wiedergewählt. Montague Norman wurde zum Gouverneur der Bank von England wiedergewählt.

Aufruf zum Bürgerkrieg am 1. Mai

Moskau befiehlt Anruhen in aller Welt

Moskau, 9. April. Die kommunistische Internationale hat einen Aufruf erlassen, in dem sie sämtliche kommunistischen Parteien in Europa und Amerika zu Kundgebungen am 1. Mai gegen das Kapital und die bürgerlichen Regierungen auffordert. Die kommunistische Bewegung müsse endlich den Angriff gegen das Bürgertum eröffnen, und der 1. Mai habe als Beginn des Bürgerkrieges zu gelten. Alle kommunistischen Organisationen des Auslandes sind angewiesen worden, an der Kundgebung der Internationale teilzunehmen.

Nach diesem Aufruf ist zweifellos wieder mit blutigen Zusammenstößen und Anruhen am 1. Mai zu rechnen, denn die Rettung der kommunistischen Partei Deutschlands, finanziell von Moskau abhängig, folgt blindlings den russischen Anweisungen, ja, der verbotene „rote Frontkämpferbund“ gilt beinahe als ein Bestandteil der „Roten Armee“. Wieder wird die kommunistische Presse die Massen anzusprechen versuchen, und sie wird auch wieder die Urteilslosen und die Jugendlichen im Verein mit dem Fanatismus der Großräde auf die Straße bringen. Aber die Polizei ist ja nicht ganz ohne Übung im Bekämpfen von Kundschreitungen. Es wäre zu wünschen, daß sie wie die letzten Male wieder von dem Grundsatze ausgeht, von vornherein Gefahrenmöglichkeiten auszuschalten, denn dieses System hat sich durchaus bewährt.

Zwei weitere Druckereien ausgehoben

Berlin, 9. April. Im Verlaufe der weiteren Nachforschungen nach Versteckern kommunistischer Verlegungsdruckereien für Schutzpolizei und Reichsmehr hob die Polizei am Mittwoch eine weitere Druckerei in der Wilhelmstraße in Berlin-Lichtenberg aus. Neben größeren Mengen von Verlegungsdrucken, insbesondere solche für die Reichsmehr, wurde umfangreiches Druck- und Bemalungsmaterial beschlagnahmt. Insgesamt sind bisher fünf Verstecke festgenommen worden, unter anderem der Druckerei besitzer Leitz und dessen Sohn. Inzwischen wurde noch eine Druckerei ermittelt, die sich ebenfalls mit der Herstellung von Verlegungsdrucken befaßt. Die Feststellungen ergaben, daß zwischen dem vor einigen Tagen dem Richter vorgeführten Friedrich und den erwähnten Druckereien ein enger Zusammenhang besteht.

Wählerarbeit in der französischen Marine

Paris, 9. April. Die französische Gesteimpolizei nimmt zur Zeit in den Marinewerksstätten und Marinendienststellen der französischen Ostküste umfangreiche Nachforschungen vor, die mit der Verteilung anarchofölicher und militärisch-fölicher Flugblätter im Zusammenhang stehen. Zahlreiche Flugblätter wurden bereits beschlagnahmt. Mehrere kommunistische Führer sind in die Angelegenheit verwickelt. In Paris sind zwei Arbeiter des Arsenal verhaftet worden, die im Arsenal kommunistische Flugblätter verteilten.